Vorblatt zum Frühwarndokument

Vorhaben:	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Einführung eines hauptsitzbasierten Steuersystems für Kleinunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU
KOM-Nr.:	COM(2023) 528 final
BR-Drucksache:	539/23
Federführendes Ressort/Aktenzeichen:	MLLEV; S 1316 - 146
Zielsetzung:	Mit dem Richtlinien-Vorschlag (RL-V) soll ein steuerlicher Rahmen zur Förderung des Binnenmarkts, insbesondere für KMU, geschaffen werden. Er soll Steuersicherheit schaffen und die Befolgung der Steuervorschriften für KMU vereinfachen, die sich in der Anfangsphase der Expansion befinden und dabei eine oder mehrere Betriebsstätten in anderen Mitgliedstaaten als ihrem Herkunftsmitgliedstaat (Mitgliedstaat des Hauptsitzes) haben.
Wesentlicher Inhalt:	<p>Der RL-V sieht vor, dass KMU mit Betriebsstätten in einem oder mehreren anderen Mitgliedstaaten die Option erhalten, das steuerpflichtige Ergebnis ihrer Betriebsstätten unter Anwendung der am Hauptsitz des Unternehmens geltenden Steuervorschriften zu berechnen. Dieser vereinfachte Ansatz wird als „hauptsitzbasierte Besteuerung“ bezeichnet. Dabei beschränkt sich der RL-V auf die Besteuerungsvorschriften für die Berechnung des steuerpflichtigen Ergebnisses von Betriebsstätten und berührt weder die im Mitgliedstaat der Betriebsstätte geltenden Sozialversicherungsvorschriften noch die bestehenden bilateralen Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung. Der Anwendungsbereich der Vorschriften ist auf eigenständige KMU beschränkt, die ausschließlich über Betriebsstätten in einem oder mehreren Mitgliedstaaten tätig sind.</p> <p>Im Einzelnen sind folgende <u>wesentlichen Maßnahmen</u> vorgesehen:</p>

- In den Anwendungsbereich fallende KMU haben die Option, die steuerpflichtigen Ergebnisse ihrer Betriebsstätten ausschließlich auf der Grundlage der Steuervorschriften des Mitgliedstaats ihres Hauptsitzes zu berechnen, während der jeweils anwendbare Steuersatz weiterhin der Steuersatz des Mitgliedstaats ist, in dem sich die Betriebsstätte befindet.
- Diese Option gilt grundsätzlich während eines Zeitraums von fünf Jahren.
- Am Ende jedes Fünfjahreszeitraums haben die KMU das Recht, ihre Entscheidung für dieses Verfahren für weitere fünf Jahre uneingeschränkt zu verlängern, solange sie die Voraussetzungen für dessen Inanspruchnahme weiterhin erfüllen.
- Die Schaffung einer Anlaufstelle im Mitgliedstaat ihres Hauptsitzes soll dazu führen, dass die in den Anwendungsbereich fallenden KMU nur mit einer Steuerverwaltung interagieren. Dies gilt sowohl für das Verfahren der Mitteilung der Inanspruchnahme der Option als auch für Erklärungspflichten und die Zahlung von Steuern.
- Die Behörde der Erklärungsabgabe erhebt die Steuer, die der Steuerschuld der einzelnen Betriebsstätten entspricht, wendet den Steuersatz des jeweiligen Mitgliedstaats der Betriebsstätte an und überweist den entsprechenden Betrag an die zuständige Behörde dieses Mitgliedstaats.
- Die Steuerbehörden des Mitgliedstaats bzw. der Mitgliedstaaten der Betriebsstätten teilen der Behörde der Erklärungsabgabe den anzuwendenden Steuersatz mit.
- Ein zeitnaher und gestraffter Informationsaustausch zwischen den betreffenden Steuerbehörden soll durch die Nutzung des mit der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung geschaffenen Rahmens gewährleistet werden.
- Jeder Mitgliedstaat ist weiterhin für die Prüfung von Betriebsstätten in seinem Hoheitsgebiet zuständig und kann auch um gemeinsame Prüfungen ersuchen, die für den Mitgliedstaat, an den ein solches Ersuchen gerichtet wird, eine Verpflichtung begründen.
- Von dem vorliegenden RL-V werden diejenigen

	<p>KMU erfasst, die u. a. hinsichtlich der <u>Größenklassen</u> in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 fallen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • In Deutschland sind entsprechend der in den Anhängen I und II des RL-V aufgeführten <u>Rechtsformen</u> folgende KMU betroffen, die unmittelbar oder auf Ebene ihrer Eigentümer einer Steuer auf ihre Gewinne oder einer anderen Steuer mit ähnlichen Merkmalen unterliegen: <ul style="list-style-type: none"> - Aktiengesellschaften, - Kommanditgesellschaften auf Aktien, - Gesellschaften mit beschränkter Haftung, - Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, - Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften oder Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts, - andere nach deutschem Recht gegründete Gesellschaften, die der deutschen Körperschaftsteuer unterliegen; - offene Handelsgesellschaften und - Kommanditgesellschaften. <p><i>Anm.: Während offenkundig ist, dass Einzelunternehmen nicht in den Anwendungsbereich der RL fallen, bleibt offen, ob deutsche Personengesellschaften mit natürlichen Personen als Gesellschafter Adressat der RL sind.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Anwendung der Vorschriften soll ab dem <u>1. Januar 2026</u> erfolgen.
<p>Vorläufige Einschätzung zur Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips (bei Bedenken: kurze Begründung):</p>	<p>Der Vorschlag steht mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) verankerten Subsidiaritätsprinzip im Einklang.</p>
<p>Besonderes schleswig-holsteinisches Interesse?:</p>	<p>Nicht vorhanden.</p>
<p>Zeitplan für die Behandlung:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Bundesrat b) Rat: c) ggf. Fachministerkonferenzen, etc. 	<p>a) – c) Nicht bekannt.</p>